

# Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG)<sup>1</sup>

vom 19. Juni 1959 (Stand am 7. Mai 2002)

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
gestützt auf Artikel 34<sup>quater</sup> der Bundesverfassung<sup>2,3</sup>  
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 24. Oktober 1958<sup>4</sup>,  
beschliesst:*

## Erster Teil: Die Versicherung

### Erster Abschnitt: Die versicherten Personen

#### Art. 1

Versichert nach Massgabe dieses Gesetzes sind Personen, die gemäss den Artikeln 1 und 2 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946<sup>5</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) obligatorisch oder freiwillig versichert sind.

### Zweiter Abschnitt: Die Beiträge

#### Art. 2 Beitragspflicht<sup>6</sup>

Beitragspflichtig sind die in den Artikeln 3 und 12 AHVG<sup>7</sup> genannten Versicherten und Arbeitgeber.

AS 1959 827

- <sup>1</sup> Abkürzung beigefügt gemäss Ziff. II 1 des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1979 (AS 1978 391 419; BBl 1976 III 1).
- <sup>2</sup> [BS I 3; AS 1973 429]. Der genannten Bestimmung entsprechen heute die Art. 111–113 der BV vom 18. April 1999 (SR 101).
- <sup>3</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. I des BG vom 23 Juni 2000, in Kraft seit 1. Jan. 2001 (AS 2000 2677 2681; BBl 1999 4983).
- <sup>4</sup> BBl 1958 II 1137
- <sup>5</sup> SR 831.10
- <sup>6</sup> Soweit die bisherigen Randtitel nicht aufgehoben wurden, sind sie gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988, in Sachüberschriften umgewandelt worden (AS 1987 447 455; BBl 1985 I 17).
- <sup>7</sup> SR 831.10

**Art. 3<sup>8</sup>** Beitragsbemessung und -bezug

<sup>1</sup> Für die Beitragsbemessung gilt sinngemäss das AHVG<sup>9</sup>. Die Beiträge vom Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit betragen 1,4 Prozent. Die Beiträge der obligatorisch versicherten Personen, die in Anwendung der sinkenden Beitragsskala berechnet werden, werden in gleicher Weise abgestuft wie die Beiträge der Alters- und Hinterlassenenversicherung. Dabei wird das Verhältnis gewahrt zwischen dem vorstehend erwähnten Prozentsatz und dem unverminderten Beitragssatz nach Artikel 8 Absatz 1 AHVG. Dessen Artikel 9<sup>bis</sup> gilt sinngemäss.<sup>10</sup>

<sup>1bis</sup> Die Nichterwerbstätigen entrichten je nach ihren sozialen Verhältnissen einen Beitrag von 54–1400 Franken pro Jahr, wenn sie obligatorisch versichert sind, und von 108–1400 Franken pro Jahr, wenn sie freiwillig nach Artikel 2 AHVG versichert sind.<sup>11</sup>

<sup>2</sup> Die Beiträge werden als Zuschläge zu den Beiträgen der Alters- und Hinterlassenenversicherung erhoben. Die Artikel 11 und 14–16 AHVG sind sinngemäss anwendbar.

**Dritter Abschnitt: Die Leistungen****A. Die allgemeinen Voraussetzungen****Art. 4** Invalidität

<sup>1</sup> Als Invalidität im Sinne dieses Gesetzes gilt die durch einen körperlichen oder geistigen Gesundheitsschaden als Folge von Geburtsgebrechen, Krankheit oder Unfall verursachte, voraussichtlich bleibende oder längere Zeit dauernde Erwerbsunfähigkeit.

<sup>2</sup> Die Invalidität gilt als eingetreten, sobald sie die für die Begründung des Anspruchs auf die jeweilige Leistung erforderliche Art und Schwere erreicht hat.<sup>12</sup>

**Art. 5** Sonderfälle

<sup>1</sup> War ein Versicherter mit vollendetem 20. Altersjahr vor Eintritt der Invalidität nicht erwerbstätig und kann ihm die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nicht zugemutet werden, so wird die Unmöglichkeit, sich im bisherigen Aufgabenbereich zu betätigen, der Erwerbsunfähigkeit gleichgestellt.<sup>13</sup>

<sup>8</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

<sup>9</sup> SR 831.10

<sup>10</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 1 des BG vom 23 Juni 2000, in Kraft seit 1. Jan. 2001 (AS 2000 2677 2681; BBl 1999 4983).

<sup>11</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. 1 des BG vom 23 Juni 2000, in Kraft seit 1. Jan. 2001 (AS 2000 2677 2681; BBl 1999 4983).

<sup>12</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

<sup>13</sup> Fassung gemäss Ziff. II 4 des BG vom 7. Okt. 1994, in Kraft seit 1. Jan. 1996 (AS 1995 1126 1131; BBl 1993 I 1169).

<sup>2</sup> Nichterwerbstätige Personen vor dem vollendeten 20. Altersjahr mit einem körperlichen oder geistigen Gesundheitsschaden gelten als invalid, wenn der Gesundheitsschaden wahrscheinlich eine Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben wird.<sup>14</sup>

#### **Art. 6<sup>15</sup>**      Versicherungsmässige Voraussetzungen

<sup>1</sup> Schweizerische und ausländische Staatsangehörige sowie Staatenlose haben Anspruch auf Leistungen gemäss den nachstehenden Bestimmungen. Artikel 39 bleibt vorbehalten.<sup>16</sup>

<sup>1bis</sup> Sieht ein von der Schweiz abgeschlossenes Sozialversicherungsabkommen die Leistungspflicht nur des einen Vertragsstaates vor, so besteht kein Anspruch auf eine Invalidenrente, wenn die von Schweizerinnen und Schweizern oder Angehörigen des Vertragsstaates in beiden Ländern zurückgelegten Versicherungszeiten nach der Zusammenrechnung einen Rentenanspruch nach dem Recht des andern Vertragsstaates begründen.<sup>17</sup>

<sup>2</sup> Ausländische Staatsangehörige sind, vorbehältlich Artikel 9 Absatz 3, nur anspruchsberechtigt, solange sie ihren Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz haben und sofern sie bei Eintritt der Invalidität während mindestens eines vollen Jahres Beiträge geleistet oder sich ununterbrochen während zehn Jahren in der Schweiz aufgehalten haben. Für im Ausland wohnhafte Angehörige dieser Personen werden keine Leistungen gewährt.<sup>18</sup>

#### **Art. 7**            Entzug oder Kürzung der Leistung

<sup>1</sup> Hat ein Versicherter die Invalidität vorsätzlich oder grobfahrlässig oder bei Ausübung eines Verbrechens oder Vergehens herbeigeführt oder verschlimmert, so können die Geldleistungen dauernd oder vorübergehend verweigert, gekürzt oder entzogen werden.

<sup>2</sup> Absatz 1 ist anwendbar auf Leistungen für Angehörige, welche die Invalidität eines Versicherten vorsätzlich oder grobfahrlässig oder bei Ausübung eines Verbrechens oder Vergehens herbeigeführt oder verschlimmert haben.

<sup>14</sup> Fassung gemäss Ziff. II 4 des BG vom 7. Okt. 1994, in Kraft seit 1. Jan. 1996 (AS 1995 1126 1131; BBl 1993 I 1169).

<sup>15</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

<sup>16</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 1 des BG vom 23 Juni 2000, in Kraft seit 1. Jan. 2001 (AS 2000 2677 2681; BBl 1999 4983).

<sup>17</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10.AHV-Revision) (AS 1996 2466; BBl 1990 II 1). Fassung gemäss Anhang Ziff. 1 des BG vom 23 Juni 2000, in Kraft seit 1. Jan. 2001 (AS 2000 2677 2681; BBl 1999 4983). Siehe die SchlB vom 7. Okt. 1994 am Ende dieses Textes.

<sup>18</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

## B. Die Eingliederung

### I. Der Anspruch<sup>19</sup>

#### Art. 8<sup>20</sup> Grundsatz

<sup>1</sup> Invalide oder von einer Invalidität unmittelbar bedrohte Versicherte haben Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen, soweit diese notwendig und geeignet sind, die Erwerbsfähigkeit wieder herzustellen, zu verbessern, zu erhalten oder ihre Verwertung zu fördern. Dabei ist die gesamte noch zu erwartende Arbeitsdauer zu berücksichtigen.

<sup>2</sup> Nach Massgabe der Artikel 13, 19, 20 und 21 besteht der Anspruch auf Leistungen unabhängig von der Möglichkeit einer Eingliederung ins Erwerbsleben.

<sup>3</sup> Die Eingliederungsmassnahmen bestehen in:

- a. medizinischen Massnahmen;
- b. Massnahmen beruflicher Art (Berufsberatung, erstmalige berufliche Ausbildung, Umschulung, Arbeitsvermittlung);
- c.<sup>21</sup> Massnahmen für die Sonderschulung und die Betreuung von hilflosen Versicherten vor dem vollendeten 20. Altersjahr;
- d. der Abgabe von Hilfsmitteln;
- e. der Ausrichtung von Taggeldern.

#### Art. 9<sup>22</sup> Besondere Voraussetzungen

<sup>1</sup> Die Eingliederungsmassnahmen werden in der Schweiz, ausnahmsweise auch im Ausland, gewährt.

<sup>2</sup> ...<sup>23</sup>

<sup>3</sup> Ausländische Staatsangehörige mit Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz, die das 20. Altersjahr noch nicht vollendet haben, haben Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen, wenn sie selbst die Voraussetzungen nach Artikel 6 Absatz 2 erfüllen oder wenn:<sup>24</sup>

- a. ihr Vater oder ihre Mutter, falls sie ausländische Staatsangehörige sind, bei Eintritt der Invalidität während mindestens eines vollen Jahres Beiträge

<sup>19</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

<sup>20</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

<sup>21</sup> Fassung gemäss Ziff. II 4 des BG vom 7. Okt. 1994, in Kraft seit 1. Jan. 1996 (AS 1995 1126 1131; BBl 1993 I 1169).

<sup>22</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

<sup>23</sup> Aufgehoben durch Anhang Ziff. 1 des BG vom 23 Juni 2000 (AS 2000 2677; BBl 1999 4983).

<sup>24</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 1 des BG vom 23 Juni 2000, in Kraft seit 1. Jan. 2001 (AS 2000 2677 2681; BBl 1999 4983).

geleistet oder sich ununterbrochen während zehn Jahren in der Schweiz aufgehalten haben; und<sup>25</sup>

- b. sie selbst in der Schweiz invalid geboren sind oder sich bei Eintritt der Invalidität seit mindestens einem Jahr oder seit der Geburt ununterbrochen in der Schweiz aufgehalten haben. Den in der Schweiz invalid geborenen Kindern gleichgestellt sind Kinder mit Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz, die im Ausland invalid geboren sind und deren Mutter sich dort unmittelbar vor der Geburt während höchstens zwei Monaten aufgehalten hat. Der Bundesrat regelt, in welchem Umfang die Invalidenversicherung die Kosten zu übernehmen hat, die sich im Ausland wegen der Invalidität ergeben.<sup>26 27</sup>

#### **Art. 10**            Entstehen und Erlöschen des Anspruchs

<sup>1</sup> Der Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen entsteht, sobald solche im Hinblick auf Alter und Gesundheitszustand des Versicherten angezeigt sind. Er erlischt spätestens am Ende des Monats, in welchem eine versicherte Person vom Rentenvorbezug gemäss Artikel 40 Absatz 1 AHVG<sup>28</sup> Gebrauch gemacht hat oder in welchem sie das Rentenalter erreicht.<sup>29</sup>

<sup>2</sup> Der Anspruchsberechtigte ist verpflichtet, die Durchführung aller Massnahmen, die zu seiner Eingliederung ins Erwerbsleben getroffen werden, zu erleichtern. Die Versicherung kann ihre Leistungen einstellen, wenn der Anspruchsberechtigte die Eingliederung erschwert oder verunmöglicht.

#### **Art. 11**<sup>30</sup>            Eingliederungsrisiko

Der Versicherte hat Anspruch auf Vergütung der Behandlungskosten, wenn er im Verlaufe von Eingliederungsmassnahmen krank wird oder einen Unfall erleidet. Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen und den Umfang des Anspruchs.

## **II. Die medizinischen Massnahmen**

#### **Art. 12**            Anspruch im allgemeinen

<sup>1</sup> Der Versicherte hat Anspruch auf medizinische Massnahmen, die nicht auf die Behandlung des Leidens an sich, sondern unmittelbar auf die berufliche Einglie-

<sup>25</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 1 des BG vom 23 Juni 2000, in Kraft seit 1. Jan. 2001 (AS **2000** 2677 2681; BBl **1999** 4983).

<sup>26</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS **1996** 2466 2488; BBl **1990** II 1).

<sup>27</sup> Siehe auch die SchlB Änd. 7. 10. 1994 am Ende dieses Textes.

<sup>28</sup> SR **831.10**

<sup>29</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS **1996** 2466 2488; BBl **1990** II 1).

<sup>30</sup> Fassung gemäss Ziff. II 1 des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1979 (AS **1978** 391 419; BBl **1976** III 1). Siehe auch Bst. e der SchlB Änd. vom 24. Juni 1977 am Schluss dieses BG.

derung gerichtet und geeignet sind, die Erwerbsfähigkeit dauernd und wesentlich zu verbessern oder vor wesentlicher Beeinträchtigung zu bewahren.

<sup>2</sup> Der Bundesrat ist befugt, die Massnahmen gemäss Absatz 1 von jenen, die auf die Behandlung des Leidens an sich gerichtet sind, abzugrenzen. Er kann zu diesem Zweck insbesondere die von der Versicherung zu gewährenden Massnahmen nach Art und Umfang näher umschreiben und Beginn und Dauer des Anspruchs regeln.<sup>31</sup>

#### **Art. 13<sup>32</sup>**      Anspruch bei Geburtsgebrechen

<sup>1</sup> Versicherte haben bis zum vollendeten 20. Altersjahr Anspruch auf die zur Behandlung von Geburtsgebrechen notwendigen medizinischen Massnahmen.<sup>33</sup>

<sup>2</sup> Der Bundesrat bezeichnet die Gebrechen, für welche diese Massnahmen gewährt werden. Er kann die Leistung ausschliessen, wenn das Gebrechen von geringfügiger Bedeutung ist.

#### **Art. 14**            Umfang der Massnahmen

<sup>1</sup> Die medizinischen Massnahmen umfassen:

- a. die Behandlung, die vom Arzt selbst oder auf seine Anordnung durch medizinische Hilfspersonen in Anstalts- oder Hauspflege vorgenommen wird;
- b. die Abgabe der vom Arzt verordneten Arzneien.

<sup>2</sup> Erfolgt die ärztliche Behandlung in einer Kranken- oder Kuranstalt, so hat der Versicherte überdies Anspruch auf Unterkunft und Verpflegung in der allgemeinen Abteilung. Begibt sich der Versicherte in eine andere Abteilung, obwohl die Massnahme in der allgemeinen Abteilung durchgeführt werden könnte, so hat er Anspruch auf Ersatz der Kosten, die der Versicherung bei Behandlung in der allgemeinen Abteilung entstanden wären.<sup>34</sup>

<sup>3</sup> Beim Entscheid über die Gewährung von ärztlicher Behandlung in Anstalts- oder Hauspflege ist auf den Vorschlag des behandelnden Arztes und auf die persönlichen Verhältnisse des Versicherten in billiger Weise Rücksicht zu nehmen. Zusätzliche Kosten, die aus der Hauspflege entstehen, können ganz oder teilweise von der Versicherung übernommen werden.

<sup>31</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

<sup>32</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

<sup>33</sup> Fassung gemäss Ziff. II 4 des BG vom 7. Okt. 1994, in Kraft seit 1. Jan. 1996 (AS 1995 1126 1131; BBl 1993 I 1169).

<sup>34</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

### III. Die Massnahmen beruflicher Art

#### Art. 15 Berufsberatung

Versicherte, die infolge Invalidität in der Berufswahl oder in der Ausübung ihrer bisherigen Tätigkeit behindert sind, haben Anspruch auf Berufsberatung.

#### Art. 16 Erstmalige berufliche Ausbildung

<sup>1</sup> Versicherte, die noch nicht erwerbstätig waren und denen infolge Invalidität bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung in wesentlichem Umfang zusätzliche Kosten entstehen, haben Anspruch auf Ersatz dieser Kosten, sofern die Ausbildung den Fähigkeiten des Versicherten entspricht.

<sup>2</sup> Der erstmaligen beruflichen Ausbildung sind gleichgestellt:

- a. die Vorbereitung auf eine Hilfsarbeit oder auf eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstatt;
- b. die berufliche Neuausbildung invalider Versicherter, die nach dem Eintritt der Invalidität eine ungeeignete und auf die Dauer unzumutbare Erwerbstätigkeit aufgenommen haben;
- c. die berufliche Weiterbildung, sofern dadurch die Erwerbsfähigkeit wesentlich verbessert werden kann.<sup>35</sup>

#### Art. 17 Umschulung

<sup>1</sup> Der Versicherte hat Anspruch auf Umschulung auf eine neue Erwerbstätigkeit, wenn die Umschulung infolge Invalidität notwendig ist und dadurch die Erwerbsfähigkeit voraussichtlich erhalten oder wesentlich verbessert werden kann.

<sup>2</sup> Der Umschulung auf eine neue Erwerbstätigkeit ist die Wiedereinschulung in den bisherigen Beruf gleichgestellt.

#### Art. 18<sup>36</sup> Arbeitsvermittlung; Kapitalhilfe

<sup>1</sup> Eingliederungsfähigen invaliden Versicherten wird nach Möglichkeit geeignete Arbeit vermittelt. An die mit der Aufnahme einer unselbständigen Erwerbstätigkeit verbundenen Kosten für Berufskleider und persönliche Werkzeuge sowie an die durch die Invalidität bedingten Umzugskosten können Beiträge gewährt werden.

<sup>2</sup> Einem eingliederungsfähigen invaliden Versicherten kann eine Kapitalhilfe zur Aufnahme oder zum Ausbau einer Tätigkeit als Selbständigerwerbender sowie zur Finanzierung von invaliditätsbedingten betrieblichen Umstellungen gewährt werden. Der Bundesrat setzt die weiteren Bedingungen fest und umschreibt die Formen der Kapitalhilfe.

<sup>35</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BB1 1967 I 653).

<sup>36</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BB1 1967 I 653).

#### IV. Die Massnahmen für die Sonderschulung und die Betreuung von hilflosen Versicherten vor dem vollendeten 20. Altersjahr<sup>37</sup>

##### Art. 19 Sonderschulung bildungsfähiger Versicherter<sup>38</sup>

<sup>1</sup> An die Sonderschulung bildungsfähiger Versicherter, die das 20. Altersjahr noch nicht vollendet haben und denen infolge Invalidität der Besuch der Volksschule nicht möglich oder nicht zumutbar ist, werden Beiträge gewährt.<sup>39</sup> Zur Sonderschulung gehört die eigentliche Schulausbildung sowie, falls ein Unterricht in den Elementarfächern nicht oder nur beschränkt möglich ist, die Förderung in manuellen Belangen, in den Verrichtungen des täglichen Lebens und der Fähigkeit des Kontaktes mit der Umwelt.<sup>40</sup>

<sup>2</sup> Die Beiträge umfassen:

- a.<sup>41</sup> ein Schulgeld, bei dessen Festsetzung eine Beteiligung der Kantone und Gemeinden entsprechend ihren Aufwendungen für die Schulung eines nicht invaliden Versicherten vor dem vollendeten 20. Altersjahr zu berücksichtigen ist;
- b.<sup>42</sup> ein Kostgeld, wenn der Versicherte wegen der Sonderschulung nicht zu Hause verpflegt werden kann oder auswärts untergebracht werden muss, wobei einer angemessenen Kostenbeteiligung der Eltern Rechnung zu tragen ist;
- c. besondere Entschädigungen für zusätzlich zum Sonderschulunterricht notwendige Massnahmen pädagogisch-therapeutischer Art, wie Sprachheilbehandlung für schwer Sprachgebrechliche, Hörtraining und Ableseunterricht für Gehörgeschädigte sowie Sondergymnastik zur Förderung gestörter Motorik für Sinnesbehinderte und hochgradig geistig Behinderte;
- d. besondere Entschädigungen für die mit der Überwindung des Schulweges im Zusammenhang stehenden invaliditätsbedingten Kosten.<sup>43</sup>

<sup>37</sup> Fassung gemäss Ziff. II 4 des BG vom 7. Okt. 1994, in Kraft seit 1. Jan. 1996 (AS 1995 1126 1131; BBl 1993 I 1169).

<sup>38</sup> Fassung gemäss Ziff. II 4 des BG vom 7. Okt. 1994, in Kraft seit 1. Jan. 1996 (AS 1995 1126 1131; BBl 1993 I 1169).

<sup>39</sup> Fassung gemäss Ziff. II 4 des BG vom 7. Okt. 1994, in Kraft seit 1. Jan. 1996 (AS 1995 1126 1131; BBl 1993 I 1169).

<sup>40</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1970, in Kraft seit 1. Jan. 1971 (AS 1971 54 55; BBl 1970 I 170).

<sup>41</sup> Fassung gemäss Ziff. II 4 des BG vom 7. Okt. 1994, in Kraft seit 1. Jan. 1996 (AS 1995 1126 1131; BBl 1993 I 1169).

<sup>42</sup> Fassung gemäss Ziff. II 4 des BG vom 7. Okt. 1994, in Kraft seit 1. Jan. 1996 (AS 1995 1126 1131; BBl 1993 I 1169).

<sup>43</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).



<sup>3</sup> Der Bundesrat bezeichnet in einzelnen die gemäss Absatz 1 erforderlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Beiträgen und setzt deren Höhe fest. Er erlässt Vorschriften über die Gewährung entsprechender Beiträge an Massnahmen für invalide Kinder im vorschulpflichtigen Alter, insbesondere zur Vorbereitung auf die Sonderschulung sowie an Massnahmen für invalide Kinder, die die Volksschule besuchen.<sup>44</sup>

#### **Art. 20<sup>45</sup>** Betreuung hilfloser Minderjähriger

<sup>1</sup> Hilflosen Minderjährigen, die das zweite Altersjahr zurückgelegt haben und sich nicht zur Durchführung von Massnahmen gemäss Artikel 12, 13, 16, 19 oder 21 in einer Anstalt aufhalten, wird ein Pflegebeitrag gewährt. Der Beitrag fällt mit der Entstehung des Anspruchs auf eine Rente oder auf eine Hilflosenentschädigung gemäss Artikel 42 dahin.

<sup>2</sup> Der Bundesrat setzt die Höhe des Beitrages fest.

### **V. Die Hilfsmittel**

#### **Art. 21<sup>46</sup>** Anspruch

<sup>1</sup> Der Versicherte hat im Rahmen einer vom Bundesrat aufzustellenden Liste Anspruch auf jene Hilfsmittel, deren er für die Ausübung der Erwerbstätigkeit oder der Tätigkeit in seinem Aufgabenbereich, für die Schulung, die Ausbildung oder zum Zwecke der funktionellen Angewöhnung bedarf. Kosten für Zahnprothesen, Brillen und Schuheinlagen werden nur übernommen, wenn diese Hilfsmittel eine wesentliche Ergänzung medizinischer Eingliederungsmassnahmen bilden.

<sup>2</sup> Der Versicherte, der infolge seiner Invalidität für die Fortbewegung, für die Herstellung des Kontaktes mit der Umwelt oder für die Selbstsorge kostspieliger Geräte bedarf, hat im Rahmen einer vom Bundesrat aufzustellenden Liste ohne Rücksicht auf die Erwerbsfähigkeit Anspruch auf solche Hilfsmittel.

<sup>3</sup> Die Hilfsmittel werden zu Eigentum oder leihweise in einfacher und zweckmässiger Ausführung abgegeben. Durch eine andere Ausführung verursachte zusätzliche Kosten hat der Versicherte selbst zu tragen. Ersetzt ein Hilfsmittel Gegenstände, die auch ohne Invalidität angeschafft werden müssen, so kann dem Versicherten eine Kostenbeteiligung auferlegt werden.

<sup>44</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BB1 1967 I 653).

<sup>45</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BB1 1967 I 653).

<sup>46</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BB1 1967 I 653).

<sup>4</sup> Der Bundesrat kann nähere Vorschriften erlassen, insbesondere über die Weiterverwendung leihweise abgegebener Hilfsmittel nach Wegfall der Anspruchsvoraussetzungen.<sup>47</sup>

### **Art. 21<sup>bis</sup>** 48 Ersatzleistungen

<sup>1</sup> Hat der Versicherte ein Hilfsmittel, auf das er Anspruch besitzt, auf eigene Kosten angeschafft, so kann ihm die Versicherung Amortisationsbeiträge gewähren.

<sup>2</sup> An die Kosten von Dienstleistungen Dritter, die an Stelle eines Hilfsmittels benötigt werden, kann die Versicherung Beiträge gewähren.

<sup>3</sup> Der Bundesrat kann nähere Vorschriften erlassen und die Höhe der Beiträge festsetzen.

## **VI. Die Taggelder**

### **Art. 22** Anspruch

<sup>1</sup> Der Versicherte hat während der Eingliederung Anspruch auf ein Taggeld, wenn er an wenigstens drei aufeinanderfolgenden Tagen wegen der Eingliederung verhindert ist, einer Arbeit nachzugehen, oder in seiner gewohnten Tätigkeit zu mindestens 50 Prozent arbeitsunfähig ist. Versicherten in der erstmaligen beruflichen Ausbildung sowie Versicherten vor dem vollendeten 20. Altersjahr, die noch nicht erwerbstätig gewesen sind, wird ein Taggeld ausgerichtet, wenn sie eine invaliditätsbedingte Erwerbseinbusse erleiden.<sup>49 50</sup>

<sup>2</sup> Das Taggeld wird frühestens vom ersten Tag des der Vollendung des 18. Altersjahres folgenden Monats an gewährt. Der Anspruch erlischt spätestens am Ende des Monats, in welchem Männer das 65. und Frauen das 62. Altersjahr zurückgelegt haben.<sup>51</sup>

<sup>3</sup> Der Bundesrat bestimmt, unter welchen Voraussetzungen Taggelder für nicht zusammenhängende Tage sowie für Untersuchungs-, Warte- und Anlernzeiten gewährt werden können.

<sup>47</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 30. Juni 1972, in Kraft seit 1. Jan. 1973 (AS 1972 2483; BBl 1971 II 1057).

<sup>48</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

<sup>49</sup> Fassung des zweiten Satzes gemäss Ziff. II 4 des BG vom 7. Okt. 1994, in Kraft seit 1. Jan. 1996 (AS 1995 1126 1131; BBl 1993 I 1169).

<sup>50</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Juli 1987 (AS 1987 447 455; BBl 1985 I 17).

<sup>51</sup> Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 30. Juni 1972, in Kraft seit 1. Jan. 1973 (AS 1972 2483; BBl 1971 II 1057).

**Art. 23** Entschädigungsarten  
a. Grundsatz<sup>52</sup>

<sup>1</sup> Die Taggelder werden als Haushaltungsentschädigungen, Entschädigungen für Alleinstehende, Kinder-, Unterstützungs- und Betriebszulagen ausgerichtet.

<sup>2</sup> ...<sup>53</sup>

<sup>3</sup> ...<sup>54</sup>

**Art. 23**<sup>bis 55</sup> b. Haushaltungsentschädigung

<sup>1</sup> Anspruch auf eine Haushaltungsentschädigung haben:

- a. verheiratete Versicherte;
- b. ledige, verwitwete und geschiedene Versicherte, die mit Kindern im Sinne von Artikel 23<sup>quater</sup> zusammenleben oder wegen ihrer beruflichen oder amtlichen Stellung gehalten sind, einen eigenen Haushalt zu führen.

<sup>2</sup> Entfallen die Voraussetzungen von Absatz 1, so besteht weiterhin Anspruch auf eine Haushaltungsentschädigung, sofern der Haushalt weitergeführt wird, längstens jedoch während eines Jahres.

**Art. 23**<sup>ter 56</sup> c. Entschädigung für Alleinstehende

Versicherte, denen kein Anspruch auf eine Haushaltungsentschädigung zusteht, haben Anspruch auf eine Entschädigung für Alleinstehende.

**Art. 23**<sup>quater 57</sup> d. Kinderzulagen

<sup>1</sup> Anspruch auf Kinderzulagen haben Versicherte für jedes Kind im Sinne von Absatz 2, welches das 18. Altersjahr noch nicht vollendet hat. Für Kinder, die noch in Ausbildung begriffen sind, können die Kinderzulagen bis zum vollendeten 25. Altersjahr beansprucht werden.

<sup>2</sup> Anspruch auf Kinderzulagen besteht für:

- a. die Kinder der versicherten Person;
- b. die Pflegekinder der versicherten Person, die diese unentgeltlich zu dauernder Pflege und Erziehung zu sich genommen hat.

<sup>52</sup> Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

<sup>53</sup> Aufgehoben durch Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998 (AS **1999** 1571; BBl **1998** 3418).

<sup>54</sup> Aufgehoben durch Ziff. IV Bst. a des BG vom 18. Dez. 1968 betreffend Änderung der Erwerbsersatzordnung (AS **1969** 310; BBl **1968** II 85).

<sup>55</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

<sup>56</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

<sup>57</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

**Art. 23**<sup>quinquies 58</sup> e. Unterstützungszulagen

<sup>1</sup> Anspruch auf Unterstützungszulagen haben Versicherte, die in Erfüllung einer rechtlichen oder sittlichen Unterhalts- oder Unterstützungspflicht für Verwandte in auf- oder absteigender Linie, für Geschwister, für geschiedene Ehegatten oder für Pflege-, Stief- oder Schwiegereltern sorgen, soweit diese Personen der Unterstützung bedürfen und für sie nicht schon Anspruch auf Kinderzulagen besteht.

<sup>2</sup> Der Anspruch auf Unterstützungszulagen besteht nur für Massnahmen von längerer Dauer.

<sup>3</sup> Der Bundesrat umschreibt die Massnahmen von längerer Dauer. Er bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die unterstützten Personen als bedürftig gelten und welche Leistungen als Unterhalts- oder Unterstützungsleistungen anzuerkennen sind.

**Art. 23**<sup>sexies 59</sup> f. Betriebszulagen

Für Betriebszulagen gelten die gleichen Anspruchsvoraussetzungen wie für die Betriebszulagen nach dem Erwerbsersatzgesetz vom 25. September 1952<sup>60</sup> (EOG).

**Art. 24** Bemessung  
a. Grundsätze<sup>61</sup>

<sup>1</sup> Für Taggelder gelten die gleichen Bemessungsregeln und Höchstgrenzen wie für die Entschädigungen nach dem EOG<sup>62, 63</sup>

<sup>1bis</sup> Die Gesamtentschädigung wird gekürzt, soweit sie den Höchstbetrag nach Absatz 1 übersteigt.<sup>64</sup>

<sup>1ter</sup> Sie wird ferner gekürzt, soweit sie das für die Bemessung massgebende Einkommen nach Absatz 2 übersteigt, jedoch nur bis auf einen Mindestsatz von 43 Prozent des Höchstbetrages nach Absatz 1. Der Mindestsatz steht auch Versicherten zu, die vor der Eingliederung nicht erwerbstätig waren.<sup>65</sup>

<sup>2</sup> Bemessungsgrundlage der Taggelder für Erwerbstätige bildet das Erwerbseinkommen, das der Versicherte durch die zuletzt voll ausgeübte Tätigkeit erzielt hat.

<sup>2bis</sup> Versicherte in der erstmaligen beruflichen Ausbildung sowie Versicherte bis zum vollendeten 20. Altersjahr, die noch nicht erwerbstätig gewesen sind, erhalten

<sup>58</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

<sup>59</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

<sup>60</sup> SR **834.1**

<sup>61</sup> Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

<sup>62</sup> SR **834.1**

<sup>63</sup> Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

<sup>64</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

<sup>65</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

höchstens den Mindestbetrag der Entschädigungen nach Artikel 24<sup>bis</sup> Absätze 1 und 2 sowie allenfalls die Zuschläge nach Artikel 24<sup>bis</sup> Absatz 3 und Artikel 25.<sup>66</sup>

<sup>3</sup> Der Bundesrat erlässt ergänzende Vorschriften über die Bemessung der Taggelder und lässt durch das zuständige Bundesamt verbindliche Tabellen mit aufgerundeten Beträgen aufstellen. Er setzt die Höhe der Taggelder nach Absatz 2<sup>bis</sup> fest, regelt dabei die Anrechnung eines allfälligen Erwerbseinkommens und kann für bestimmte Verhältnisse Kürzungen vorsehen.<sup>67</sup>

**Art. 24<sup>bis</sup> 68**      b. Haushaltungsentschädigung und Entschädigung  
für Alleinstehende

<sup>1</sup> Die tägliche Haushaltungsentschädigung beträgt 75 Prozent des durchschnittlichen, durch die zuletzt voll ausgeübte Tätigkeit erzielten Erwerbseinkommens, jedoch mindestens 25 und höchstens 75 Prozent des Höchstbetrages der Gesamtentschädigung.

<sup>2</sup> Die tägliche Entschädigung für Alleinstehende beträgt 45 Prozent des durchschnittlichen, durch die zuletzt voll ausgeübte Tätigkeit erzielten Erwerbseinkommens, jedoch mindestens 15 und höchstens 45 Prozent des Höchstbetrages der Gesamtentschädigung.

<sup>3</sup> Auf die Taggelder für alleinstehende Personen wird ein Zuschlag gewährt. Der Bundesrat setzt diesen Zuschlag so fest, dass das Taggeld im allgemeinen höher ausfällt als eine in ähnlichen Verhältnissen zu erwartende Rente.

**Art. 24<sup>ter</sup> 69**                      c. Kinderzulage

Die Kinderzulage beträgt für jedes Kind 9 Prozent des Höchstbetrages der Gesamtentschädigung.

**Art. 24<sup>quater</sup> 70**                      d. Unterstützungszulage

Die Unterstützungszulage beträgt 18 Prozent des Höchstbetrages der Gesamtentschädigung für die erste und 9 Prozent für jede weitere unterstützte Person. Sie wird gekürzt, soweit sie die auf den Tag umgerechnete tatsächliche Unterstützungsleistung übersteigt oder zur Folge hat, dass die unterstützte Person nicht mehr als bedürftig im Sinne von Artikel 23<sup>quinquies</sup> Absatz 1 gilt.

<sup>66</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986 (AS 1987 447; BBl 1985 I 17). Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS 1999 1571 1576; BBl 1998 3418).

<sup>67</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Juli 1987 (AS 1987 447 455; BBl 1985 I 17).

<sup>68</sup> Eingefügt durch Ziff. II Abs. 3 des BG vom 3. Okt. 1975 (AS 1976 57; BBl 1975 I 1193). Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS 1999 1571 1576; BBl 1998 3418).

<sup>69</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS 1999 1571 1576; BBl 1998 3418).

<sup>70</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS 1999 1571 1576; BBl 1998 3418).

**Art. 24**<sup>quinquies 71</sup> e. Betriebszulage

Für Betriebszulagen gelten die gleichen Ansätze wie für die Betriebszulagen nach dem EOG<sup>72</sup>.

**Art. 25**<sup>73</sup> Eingliederungszuschlag

<sup>1</sup> Der Versicherte, der während der Eingliederung selbst für Verpflegung oder Unterkunft aufkommen muss, hat Anspruch auf einen Zuschlag zum Taggeld. Der Zuschlag entspricht den in der Alters- und Hinterlassenenversicherung geltenden Ansätzen für die Bewertung von Verpflegung und Unterkunft.

<sup>2</sup> Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

**Art. 25**<sup>bis 74</sup> Koordination mit der Unfallversicherung

Hatte ein Versicherter bis zur Eingliederung Anspruch auf ein Taggeld nach dem Unfallversicherungsgesetz<sup>75</sup>, so entspricht der Gesamtbetrag des Taggeldes mindestens dem bisher bezogenen Taggeld der Unfallversicherung.

**Art. 25**<sup>ter 76</sup> Beiträge an Sozialversicherungen

<sup>1</sup> Von den Taggeldern einschliesslich Zuschlägen müssen Beiträge an die Alters- und Hinterlassenenversicherung, an die mit ihr verbundenen Versicherungszweige und gegebenenfalls an die Arbeitslosenversicherung bezahlt werden. Diese Beiträge sind je zur Hälfte vom Versicherten und von der Invalidenversicherung zu tragen.

<sup>2</sup> Der Bundesrat regelt die Einzelheiten und das Verfahren. Er kann bestimmte Personengruppen von der Beitragspflicht ausnehmen und vorsehen, dass für Taggelder für kurze Anspruchsdauern keine Beiträge bezahlt werden müssen.

**VII. Wahlrecht des Versicherten und Verträge****Art. 26**<sup>77</sup> Wahl unter Ärzten, Zahnärzten und Apothekern

<sup>1</sup> Dem Versicherten steht die Wahl unter den eidgenössisch diplomierten Ärzten, Zahnärzten und Apothekern frei.

<sup>71</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 18. Dez. 1998, in Kraft seit 1. Juli 1999 (AS **1999** 1571 1576; BBl **1998** 3418).

<sup>72</sup> SR **834.1**

<sup>73</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS **1968** 29 42; BBl **1967** I 653).

<sup>74</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. 4 des Unfallversicherungsgesetzes, in Kraft seit 1. Jan. 1984 (SR **832.20**, **832.201** Art. 1 Abs. 1).

<sup>75</sup> SR **832.20**

<sup>76</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS **1987** 447 455; BBl **1985** I 17).

<sup>77</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS **1968** 29 42; BBl **1967** I 653).

<sup>2</sup> Personen, denen ein Kanton auf Grund eines wissenschaftlichen Befähigungsausweises die Bewilligung zur Ausübung des ärztlichen oder zahnärztlichen Berufs erteilt hat, sind den in Absatz 1 bezeichneten Personen gleichgestellt.

<sup>3</sup> Eidgenössisch diplomierte Ärzte, denen ein Kanton die Bewilligung zur Führung einer Privatapotheke erteilt hat, sind innerhalb der Schranken dieser Bewilligung den in Absatz 1 bezeichneten Apothekern gleichgestellt.

<sup>4</sup> Das Wahlrecht des Versicherten ist nur in dem Umfang gewährleistet, als den in den Absätzen 1–3 genannten Personen die Befugnis zur Behandlung Versicherter oder zur Abgabe von Arzneien nicht aus wichtigen Gründen entzogen worden ist. Einen solchen Entzug darf nur ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht für eine von ihm festzusetzende Dauer aussprechen. Die Kantonsregierungen ernennen die Mitglieder der Schiedsgerichte und ordnen das Verfahren. Zuständig ist das Schiedsgericht am Ort der Berufsausübung des Betroffenen.

**Art. 26<sup>bis</sup> 78** Wahl unter medizinischen Hilfspersonen, Anstalten und Abgabestellen für Hilfsmittel

<sup>1</sup> Dem Versicherten steht die Wahl unter den medizinischen Hilfspersonen, den Anstalten und Werkstätten, die Eingliederungsmassnahmen durchführen, sowie den Abgabestellen für Hilfsmittel frei, wenn sie den kantonalen Vorschriften und den Anforderungen der Versicherung genügen.

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann nach Anhören der Kantone und der zuständigen Organisationen Vorschriften für die Zulassung der in Absatz 1 genannten Personen und Stellen erlassen.

**Art. 27** Verträge; vertragsloser Zustand

<sup>1</sup> Der Bundesrat ist befugt, mit der Ärzteschaft, den Berufsverbänden der Medizinalpersonen und der medizinischen Hilfspersonen, den Anstalten und Werkstätten, die Eingliederungsmassnahmen durchführen, sowie den Abgabestellen für Hilfsmittel Verträge zu schliessen, um die Zusammenarbeit mit den Organen der Versicherung zu regeln und die Tarife festzulegen.

<sup>2</sup> In den Verträgen können paritätische Kommissionen zur Schlichtung und Schiedsgerichte zur Entscheidung von Anständen zwischen den Vertragsschliessenden vorgesehen werden.

<sup>3</sup> Soweit kein Vertrag besteht, kann der Bundesrat die Höchstbeträge festsetzen, bis zu denen den Versicherten die Kosten der Eingliederungsmassnahmen vergütet werden.

<sup>78</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

## C. Die Renten

### I. Der Anspruch

#### Art. 28      Massgebende Invalidität

<sup>1</sup> Ist ein Versicherter zu mindestens 40 Prozent invalid, so hat er Anspruch auf eine Rente. Diese wird wie folgt nach dem Grad der Invalidität abgestuft:

Invaliditätsgrad	Rentenanspruch in Bruchteilen einer ganzen Rente
mindestens 40 Prozent	ein Viertel
mindestens 50 Prozent	ein Zweitel
mindestens 66 <sup>2</sup> / <sub>3</sub> Prozent	ganze Rente. <sup>79</sup>

<sup>1bis</sup> In Härtefällen hat der Versicherte bereits bei einem Invaliditätsgrad von mindestens 40 Prozent Anspruch auf eine halbe Rente. Der Bundesrat umschreibt die Härtefälle.<sup>80</sup>

<sup>1ter</sup> Renten, die einem Invaliditätsgrad von weniger als 50 Prozent entsprechen, werden nur an Versicherte ausgerichtet, die ihren Wohnsitz und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz haben. Diese Voraussetzung ist auch von Angehörigen zu erfüllen, für die eine Leistung beansprucht wird.<sup>81</sup>

<sup>2</sup> Für die Bemessung der Invalidität wird das Erwerbseinkommen, das der Versicherte nach Eintritt der Invalidität und nach Durchführung allfälliger Eingliederungsmassnahmen durch eine ihm zumutbare Tätigkeit bei ausgeglichener Arbeitsmarktlage erzielen könnte, in Beziehung gesetzt zum Erwerbseinkommen, das er erzielen könnte, wenn er nicht invalid geworden wäre.

<sup>3</sup> Der Bundesrat umschreibt das massgebende Erwerbseinkommen und erlässt ergänzende Vorschriften über die Bemessung der Invalidität, namentlich für Versicherte, die vor Eintritt der Invalidität nicht erwerbstätig oder noch in Ausbildung begriffen waren.

<sup>79</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS 1987 447 455; BB1 1985 I 17). Siehe auch die SchlB dieser Änderung am Schluss des vorliegenden BG.

<sup>80</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS 1987 447 455; BB1 1985 I 17). Siehe auch die SchlB dieser Änderung am Schluss des vorliegenden BG.

<sup>81</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS 1987 447 455; BB1 1985 I 17). Siehe auch die SchlB dieser Änderung am Schluss des vorliegenden BG.



**Art. 29<sup>82</sup>** Beginn des Anspruchs

<sup>1</sup> Der Rentenanspruch nach Artikel 28 entsteht frühestens in dem Zeitpunkt, in dem der Versicherte:

- a. mindestens zu 40 Prozent bleibend erwerbsunfähig geworden ist oder
- b. während eines Jahres ohne wesentlichen Unterbruch durchschnittlich mindestens zu 40 Prozent arbeitsunfähig gewesen war.

<sup>2</sup> Die Rente wird vom Beginn des Monats an ausgerichtet, in dem der Anspruch entsteht, jedoch frühestens von jenem Monat an, der auf die Vollendung des 18. Altersjahres folgt. Der Anspruch entsteht nicht, solange der Versicherte ein Taggeld nach Artikel 22 beanspruchen kann.

**Art. 30** Erlöschen des Anspruchs

<sup>1</sup> Der Rentenanspruch erlischt mit der Entstehung des Anspruchs auf eine Altersrente der Alters- und Hinterlassenenversicherung oder mit dem Tod des Berechtigten. Vorbehalten bleibt Artikel 41.<sup>83</sup>

<sup>2</sup> Für den Monat, in dem der Rentenanspruch erlischt, wird die Rente voll ausgerichtet.

**Art. 31** Verweigerung der Rente

<sup>1</sup> Entzieht oder widersetzt sich ein Versicherter einer angeordneten zumutbaren Eingliederungsmassnahme, die eine wesentliche Verbesserung der Erwerbsfähigkeit erwarten lässt, oder trägt er nicht aus eigenem Antrieb das ihm Zumutbare zur Verbesserung der Erwerbsfähigkeit bei, so fordert ihn die Versicherung zur Mitwirkung bei der Eingliederung auf, unter Ansetzung einer angemessenen Frist und Androhung der Säumnisfolgen. Befolgt der Versicherte die Aufforderung nicht, so wird ihm die Rente vorübergehend oder dauernd verweigert oder entzogen.<sup>84</sup>

<sup>2</sup> Massnahmen, die eine Gefahr für Leben und Gesundheit darstellen, sind nicht zumutbar.

**Art. 32 - 33<sup>85</sup>**

<sup>82</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS 1987 447 455; BB1 1985 I 17).

<sup>83</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BB1 1967 I 653).

<sup>84</sup> Fassung gemäss Ziff. II 1 des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1979 (AS 1978 391 419; BB1 1976 III 1).

<sup>85</sup> Aufgehoben durch Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision) (AS 1996 2466; BB1 1990 II 1).

**Art. 34**<sup>86</sup> Zusatzrente

<sup>1</sup> Rentenberechtigte verheiratete Personen, die unmittelbar vor ihrer Arbeitsunfähigkeit eine Erwerbstätigkeit ausübten, haben Anspruch auf eine Zusatzrente für ihren Ehegatten, sofern diesem kein Anspruch auf eine Alters- oder Invalidenrente zusteht. Die Zusatzrente wird aber nur ausgerichtet, wenn der andere Ehegatte:

- a. mindestens ein volles Beitragsjahr aufweist; oder
- b. seinen Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz hat.

<sup>2</sup> Der Bundesrat regelt die Einzelheiten. Er kann den Kreis der Berechtigten ausdehnen.

<sup>3</sup> Eine geschiedene Person ist der verheirateten gleichgestellt, sofern sie für die ihr zugesprochenen Kinder überwiegend aufkommt und selbst keine Invaliden- oder Altersrente beanspruchen kann.

<sup>4</sup> Kommt der rentenberechtigte Ehegatte seiner Unterhaltspflicht gegenüber der Familie nicht nach oder leben die Ehegatten getrennt, so ist die Zusatzrente dem andern Ehegatten auszuzahlen, wenn dieser es verlangt. Sind sie geschieden, so ist die Zusatzrente von Amtes wegen dem nicht rentenberechtigten Ehegatten auszuzahlen. Vorbehalten bleiben abweichende zivilrichterliche Anordnungen.

**Art. 35**<sup>87</sup> Kinderrente

<sup>1</sup> Männer und Frauen, denen eine Invalidenrente zusteht, haben für jedes Kind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente der Alters- und Hinterlassenenversicherung beanspruchen könnte, Anspruch auf eine Kinderrente.

<sup>2</sup> ...<sup>88</sup>

<sup>3</sup> Für Pflegekinder, die erst nach Eintritt der Invalidität in Pflege genommen werden, besteht kein Anspruch auf Kinderrente, es sei denn, es handle sich um Kinder des andern Ehegatten.<sup>89</sup>

<sup>4</sup> Die Kinderrente wird wie die Rente ausbezahlt, zu der sie gehört. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die zweckgemässe Rentenverwendung (Art. 50) und abweichende zivilrichterliche Anordnungen. Der Bundesrat kann ergänzende Vorschriften für die Auszahlung erlassen, namentlich für Kinder aus getrennter oder geschiedener Ehe.<sup>90</sup>

<sup>86</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>87</sup> Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 30. Juni 1972, in Kraft seit 1. Jan. 1973 (AS 1972 2483; BBl 1971 II 1057).

<sup>88</sup> Aufgehoben durch Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision) (AS 1996 2466; BBl 1990 II 1).

<sup>89</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>90</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

## II. Die ordentlichen Renten

### Art. 36 Bezügerkreis und Berechnung

<sup>1</sup> Anspruch auf ordentliche Rente haben die rentenberechtigten Versicherten, die bei Eintritt der Invalidität während mindestens eines vollen Jahres Beiträge geleistet haben.

<sup>2</sup> Für die Berechnung der ordentlichen Renten sind vorbehältlich Absatz 3 die Bestimmungen des AHVG<sup>91</sup> sinngemäss anwendbar. Der Bundesrat kann ergänzende Vorschriften erlassen.<sup>92</sup>

<sup>3</sup> Hat der Versicherte bei Eintritt der Invalidität das 45. Altersjahr noch nicht vollendet, so wird das durchschnittliche Erwerbseinkommen um einen prozentualen Zuschlag erhöht. Der Bundesrat setzt den Zuschlag fest und stuft ihn ab nach dem Alter des Versicherten bei Eintritt der Invalidität. Er kann für Versicherte mit unvollständiger Beitragsdauer eine besondere Regelung treffen.<sup>93</sup>

<sup>4</sup> Beiträge, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes an die Alters- und Hinterlassenenversicherung geleistet wurden, werden angerechnet.

### Art. 37 Höhe der Invalidenrenten

<sup>1</sup> Die Invalidenrenten entsprechen den Altersrenten der Alters- und Hinterlassenenversicherung.<sup>94</sup>

<sup>1bis</sup> Sind beide Ehegatten rentenberechtigt, so gilt für die Kürzung der beiden Renten Artikel 35 AHVG<sup>95</sup> sinngemäss.<sup>96</sup>

<sup>2</sup> Hat ein Versicherter mit vollständiger Beitragsdauer bei Eintritt der Invalidität das 25. Altersjahr noch nicht zurückgelegt, so betragen seine Invalidenrente und allfällige Zusatzrenten mindestens 133<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Prozent der Mindestansätze der zutreffenden Vollrenten.<sup>97</sup>

### Art. 38<sup>98</sup> Höhe der Zusatzrente für die Ehefrau und der Kinderrenten

<sup>1</sup> Die Zusatzrente beträgt 30 Prozent, die Kinderrente 40 Prozent der dem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Invalidenrente. Haben

<sup>91</sup> SR 831.10

<sup>92</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>93</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>94</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>95</sup> SR 831.10

<sup>96</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>97</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 30. Juni 1972 (AS 1972 2483; BBl 1971 II 1057). Fassung gemäss Ziff. II 1 des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1980 (AS 1978 391, 1979 1365 Art. 1; BBl 1976 III 1).

<sup>98</sup> Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1980 (AS 1978 391, 1979 1365 Art. 1; BBl 1976 III 1).

beide Elternteile einen Anspruch auf Kinderrente, so sind die beiden Kinderrenten zu kürzen, soweit ihre Summe 60 Prozent der maximalen Invalidenrente übersteigt. Für die Durchführung der Kürzung ist Artikel 35 AHVG<sup>99</sup> sinngemäss anwendbar.<sup>100</sup>

<sup>2</sup> Es gelten die gleichen Berechnungsregeln wie für die jeweilige Invalidenrente.

#### **Art. 38<sup>bis</sup>**<sup>101</sup> Kürzung wegen Überversicherung

<sup>1</sup> Kinderrenten werden gekürzt, soweit sie zusammen mit der Rente des Vaters oder derjenigen der Mutter das für diese Rente jeweils massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen wesentlich übersteigen.<sup>102</sup>

<sup>2</sup> Der Bundesrat setzt jedoch einen Mindestbetrag fest.<sup>103</sup>

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt die Einzelheiten, insbesondere die Kürzung von Teilrenten sowie von halben und Viertelsrenten.<sup>104</sup>

### **III. Die ausserordentlichen Renten**

#### **Art. 39** Bezügerkreis

<sup>1</sup> Der Anspruch von Schweizer Bürgern auf ausserordentliche Renten richtet sich nach den Bestimmungen des AHVG<sup>105, 106</sup>

<sup>2</sup> ...<sup>107</sup>

<sup>3</sup> Anspruch auf eine ausserordentliche Rente haben auch invalide Ausländer und Staatenlose, die als Kinder die Voraussetzungen von Artikel 9 Absatz 3 erfüllt haben.<sup>108</sup>

<sup>99</sup> SR 831.10

<sup>100</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>101</sup> Eingefügt durch Ziff. II des BG vom 30. Juni 1972, in Kraft seit 1. Jan. 1973 (AS 1972 2483; BBl 1971 II 1057).

<sup>102</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>103</sup> Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1980 (AS 1978 391, 1979 1365 Art. 1; BBl 1976 III 1).

<sup>104</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS 1987 447 455; BBl 1985 I 17).

<sup>105</sup> SR 831.10

<sup>106</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>107</sup> Aufgehoben durch Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision) (AS 1996 2466; BBl 1990 II 1).

<sup>108</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

**Art. 40**<sup>109</sup> Höhe der Renten

<sup>1</sup> Die ausserordentlichen Renten entsprechen, vorbehältlich der Absätze 2 und 3, dem Mindestbetrag der zutreffenden ordentlichen Vollrente.

<sup>2</sup> Die ausserordentlichen Kinderrenten werden unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Umfang gekürzt wie in der Alters- und Hinterlassenenversicherung.<sup>110</sup>

<sup>3</sup> Die ausserordentlichen Renten für Personen, die vor dem 1. Dezember des der Vollendung des 20. Altersjahres folgenden Jahres invalid geworden sind, entsprechen  $133\frac{1}{3}$  Prozent des Mindestbetrages der zutreffenden ordentlichen Vollrente.<sup>111</sup>

**IV. Die Revision der Rente****Art. 41**

<sup>1</sup> Ändert sich der Grad der Invalidität eines Rentenbezügers in einer für den Anspruch erheblichen Weise, so ist die Rente für die Zukunft entsprechend zu erhöhen, herabzusetzen oder aufzuheben.

<sup>2</sup> ...<sup>112</sup>

**D. Die Hilflosenentschädigung****Art. 42**<sup>113</sup>

<sup>1</sup> Versicherte mit Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz, die hilflos sind, haben Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung, sofern ihnen keine Hilflosenentschädigung nach dem Bundesgesetz über die Unfallversicherung<sup>114</sup> oder nach dem Bundesgesetz vom 19. Juni 1992<sup>115</sup> über die Militärversicherung zusteht. Die Entschädigung wird frühestens vom ersten Tag des der Vollendung des 18. Altersjahres folgenden Monats an und spätestens bis Ende des Monats gewährt, in welchem eine versicherte Person vom Rentenvorbezug gemäss Artikel 40

<sup>109</sup> Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 30. Juni 1972, in Kraft seit 1. Jan. 1973 (AS 1972 2483; BBl 1971 II 1057).

<sup>110</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>111</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>112</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967 (AS 1968 29; BBl 1967 I 653).

<sup>113</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS 1968 29 42; BBl 1967 I 653).

<sup>114</sup> SR 832.20

<sup>115</sup> SR 833.1

Absatz 1 AHVG<sup>116</sup> Gebrauch gemacht hat oder in welchem sie das Rentenalter erreicht. Artikel 43<sup>bis</sup> AHVG bleibt anwendbar.<sup>117</sup>

<sup>2</sup> Als hilflos gilt, wer wegen der Invalidität für die alltäglichen Lebensverrichtungen dauernd der Hilfe Dritter oder der persönlichen Überwachung bedarf.

<sup>3</sup> Die Entschädigung wird nach dem Grad der Hilflosigkeit bemessen. Sie entspricht mindestens 20 Prozent und höchstens 80 Prozent des Mindestbetrages der einfachen Altersrente gemäss Artikel 34 Absatz 2 AHVG.<sup>118</sup>

<sup>4</sup> Der Bundesrat kann ergänzende Vorschriften erlassen, namentlich über die Bemessung der Hilflosigkeit sowie über den Anspruch des Versicherten auf eine Hilflosenentschädigung, wenn dieser wegen eines schweren Gebrechens für den Kontakt mit der Umwelt einer besonderen Hilfe von erheblichem Umfang bedarf. Er kann eine anteilmässige Leistung an die Hilflosenentschädigung der Unfallversicherung vorsehen, falls die Hilflosigkeit nur zum Teil auf einen Unfall zurückzuführen ist.<sup>119 120</sup>

## E. Das Zusammenfallen von Leistungen

### Art. 43<sup>121</sup> Leistungen der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung<sup>122</sup>

<sup>1</sup> Witwen, Witwer und Waisen, welche sowohl die Anspruchsvoraussetzungen für eine Hinterlassenenrente der Alters- und Hinterlassenenversicherung als auch für eine Rente der Invalidenversicherung erfüllen, haben Anspruch auf eine ganze Invalidenrente. Es wird aber nur die höhere der beiden Renten ausgerichtet.<sup>123</sup>

<sup>2</sup> Sind die Anspruchsvoraussetzungen für ein Taggeld der Invalidenversicherung erfüllt oder übernimmt die Invalidenversicherung bei Eingliederungsmassnahmen die Kosten für Unterkunft und Verpflegung überwiegend oder vollständig, so besteht kein Anspruch auf eine Rente der Invalidenversicherung. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen und Bestimmungen über die Ablösung des Taggeldes durch eine Rente erlassen.<sup>124</sup>

<sup>116</sup> SR **831.10**

<sup>117</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS **1996** 2466 2488; BBl **1990** II 1).

<sup>118</sup> Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 30. Juni 1972, in Kraft seit 1. Jan. 1973 (AS **1972** 2483; BBl **1971** II 1057).

<sup>119</sup> Berichtigung durch die Redaktionskommission der BVers (Art. 33 GVG – SR **171.11**).

<sup>120</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 4 des Unfallversicherungsgesetzes, in Kraft seit 1. Jan. 1984 (SR **832.20**, **832.201** Art. 1 Abs. 1).

<sup>121</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS **1968** 29 42; BBl **1967** I 653).

<sup>122</sup> Fassung gemäss Ziff. II 1 des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1979 (AS **1978** 391 419; BBl **1976** III 1).

<sup>123</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS **1996** 2466 2488; BBl **1990** II 1).

<sup>124</sup> Eingefügt durch Ziff. II 1 des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1979 (AS **1978** 391 419; BBl **1976** III 1).

<sup>3</sup> Der Bundesrat erlässt Vorschriften zur Verhinderung von Überentschädigungen beim Zusammenfallen von mehreren Leistungen der Invalidenversicherung und von Leistungen dieser Versicherung mit solchen der Alters- und Hinterlassenenversicherung.<sup>125</sup>

**Art. 44**<sup>126</sup> Eingliederungsmassnahmen der obligatorischen Unfallversicherung und der Militärversicherung

<sup>1</sup> Ist ein nach diesem Gesetz Versicherter auch bei der obligatorischen Unfallversicherung oder der Militärversicherung versichert, so hat er auf Eingliederungsmassnahmen der Invalidenversicherung nur soweit Anspruch, als sie nicht von den andern Versicherungen gewährt werden.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt, ob und in welcher Höhe Versicherten, die Anspruch auf eine Rente der obligatorischen Unfallversicherung oder auf das Krankengeld oder eine Rente der Militärversicherung haben, ein Taggeld der Invalidenversicherung zusteht.

**Art. 45**<sup>127</sup>

**Art. 45**<sup>bis 128</sup> Verhältnis zu anderen Sozialversicherungszweigen

Der Bundesrat ordnet das Verhältnis zu den anderen Sozialversicherungszweigen und erlässt ergänzende Vorschriften zur Verhinderung von Überentschädigungen beim Zusammenfallen von Leistungen.

## F. Verschiedene Bestimmungen

**Art. 46** Anmeldeverfahren für Leistungen

Wer auf Leistungen der Versicherung Anspruch erhebt, hat sich bei der zuständigen Invalidenversicherungs-Stelle (IV-Stelle)<sup>129</sup> anzumelden. Der Bundesrat ordnet das Anmeldeverfahren.

<sup>125</sup> Eingefügt durch Ziff. II 1 des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1979 (AS **1978** 391 419; BBl **1976** III 1).

<sup>126</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 4 des Unfallversicherungsgesetzes, in Kraft seit 1. Jan. 1984 (SR **832.20**, **832.201** Art. 1 Abs. 1).

<sup>127</sup> Aufgehoben durch Anhang Ziff. 4 des Unfallversicherungsgesetzes (SR **832.20**).

<sup>128</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967 (AS **1968** 29; BBl **1967** I 653). Fassung gemäss Ziff. II 1 des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1979 (AS **1978** 391 419; BBl **1976** III 1).

<sup>129</sup> Ausdruck gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS **1991** 2377 2381; BBl **1988** II 1333).

**Art. 47** Auszahlung der Taggelder und Renten

<sup>1</sup> Die Taggelder werden monatlich ausbezahlt. Der Bundesrat bestimmt die Ausnahmen.<sup>130</sup>

<sup>2</sup> Die Taggelder kommen in dem Ausmass dem Arbeitgeber zu, als er dem Versicherten für die Zeit der Eingliederung Lohn oder Gehalt ausrichtet.

<sup>3</sup> Für die Auszahlung der Renten ist Artikel 44 AHVG<sup>131</sup> anwendbar.

**Art. 48**<sup>132</sup> Nachzahlung von Leistungen

<sup>1</sup> Der Anspruch auf Nachzahlung erlischt mit dem Ablauf von fünf Jahren seit Ende des Monats, für welchen die Leistung geschuldet war.

<sup>2</sup> Meldet sich jedoch ein Versicherter mehr als zwölf Monate nach Entstehen des Anspruchs an, so werden die Leistungen lediglich für die zwölf der Anmeldung vorangehenden Monate ausgerichtet. Weitergehende Nachzahlungen werden erbracht, wenn der Versicherte den anspruchsbegründenden Sachverhalt nicht kennen konnte und die Anmeldung innert zwölf Monaten seit Kenntnisnahme vornimmt.

<sup>3</sup> Der Bundesrat kann den Anspruch auf Nachzahlung für bestimmte Eingliederungsmassnahmen, die vor dem Entscheid durchgeführt wurden, einschränken.<sup>133</sup>

**Art. 49** Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen

Für die Rückerstattung unrechtmässig bezogener Leistungen findet Artikel 47 AHVG<sup>134</sup> sinngemäss Anwendung.

**Art. 50**<sup>135</sup> Sicherung und Verrechnung der Leistungen

<sup>1</sup> Für die Sicherung der Leistungen und die Verrechnung finden die Artikel 20 und 45 AHVG<sup>136</sup> sinngemäss Anwendung.

<sup>2</sup> Nachzahlungen von Leistungen können in Abweichung von Artikel 20 Absatz 1 AHVG an Drittpersonen oder Drittstellen, welche im Hinblick auf die Leistung der Invalidenversicherung Vorschussleistungen erbracht haben, ausgerichtet werden. Der Bundesrat regelt das Verfahren sowie die Voraussetzungen der Auszahlung an Dritte.<sup>137</sup>

<sup>130</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Juli 1987 (AS **1987** 447 455; BBl **1985** I 17).

<sup>131</sup> SR **831.10**

<sup>132</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 5. Okt. 1967, in Kraft seit 1. Jan. 1968 (AS **1968** 29 42; BBl **1967** I 653).

<sup>133</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS **1991** 2377 2381; BBl **1988** II 1333).

<sup>134</sup> SR **831.10**

<sup>135</sup> Fassung gemäss Ziff. V Bst. a des BG vom 4. Okt. 1968 betreffend Änderung des BG über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, in Kraft seit 1. Jan. 1969 (AS **1969** 111; BBl **1968** I 602).

<sup>136</sup> SR **831.10**

<sup>137</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS **1996** 2466 2488; BBl **1990** II 1).



**Art. 51** Reisekosten

<sup>1</sup> Die für die Abklärung des Leistungsanspruchs und die Durchführung von Eingliederungsmassnahmen notwendigen Reisekosten im Inland werden dem Versicherten vergütet.

<sup>2</sup> Ausnahmsweise können Beiträge an die Reisekosten im Ausland gewährt werden. Der Bundesrat ordnet die näheren Bedingungen.

**Art. 52**<sup>138</sup> Rückgriff auf haftpflichtige Dritte

<sup>1</sup> Für den Rückgriff der Versicherung auf den haftpflichtigen Dritten gelten sinngemäss die Artikel 48<sup>ter</sup>, 48<sup>quater</sup>, 48<sup>quinques</sup> Absatz 1 sowie 48<sup>sexies</sup> AHVG<sup>139</sup> 140.

<sup>2</sup> Leistungen gleicher Art, in deren Rahmen die Ansprüche übergehen, sind namentlich:

- a. von der Versicherung und vom Dritten zu erbringende Vergütungen für Heilungs- und Eingliederungskosten;
- b. Taggeld und Ersatz für Arbeitsunfähigkeit während der gleichen Zeitdauer;
- c. Invalidenrenten einschliesslich Zusatz- und Kinderrenten und Ersatz für Erwerbsunfähigkeit;
- d. Leistungen für Hilflosigkeit und Vergütungen für Pflegekosten und andere aus der Hilflosigkeit erwachsende Kosten.

**Vierter Abschnitt: Organisation**<sup>141</sup>**Art. 53**<sup>142</sup> Grundsatz

Die IV-Stellen führen die Versicherung unter Aufsicht des Bundes und in Zusammenarbeit mit den Organen der Alters- und Hinterlassenenversicherung durch.

<sup>138</sup> Fassung gemäss Ziff. II 1 des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1979 (AS **1978** 391 419; BBl **1976** III 1). Siehe auch Bst. e der SchlB Änd. vom 24. Juni 1977 am Schluss dieses BG.

<sup>139</sup> SR **831.10**

<sup>140</sup> Berichtigung durch die Redaktionskommission der BVers (Art. 33 GVG – SR **171.11**).

<sup>141</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS **1991** 2377 2381; BBl **1988** II 1333).

<sup>142</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS **1991** 2377 2381; BBl **1988** II 1333).

**A.<sup>143</sup> Die IV-Stellen****Art. 54** Kantonale IV-Stellen

<sup>1</sup> Jeder Kanton errichtet durch besonderen Erlass eine unabhängige IV-Stelle. Mehrere Kantone können durch Vereinbarung eine gemeinsame IV-Stelle errichten oder einzelne Aufgaben nach Artikel 57 dieses Gesetzes einer anderen IV-Stelle übertragen.

<sup>2</sup> Der kantonale Erlass oder die Vereinbarung regeln namentlich:

- a. den Sitz der IV-Stelle;
- b. ihre interne Organisation;
- c. die rechtliche Stellung ihres Leiters und seiner Mitarbeiter.

**Art. 55** Zuständigkeit

Zuständig ist in der Regel die IV-Stelle, in deren Kantonsgebiet der Versicherte im Zeitpunkt der Anmeldung seinen Wohnsitz hat.<sup>144</sup> Der Bundesrat ordnet die Zuständigkeit in Sonderfällen.

**Art. 56** IV-Stelle des Bundes

Der Bundesrat setzt eine IV-Stelle für Versicherte im Ausland ein.

**Art. 57** Aufgaben

<sup>1</sup> Den IV-Stellen obliegen insbesondere:

- a. die Abklärung der versicherungsmässigen Voraussetzungen;
- b. die Abklärung der Eingliederungsfähigkeit des Versicherten, die Berufsberatung und die Arbeitsvermittlung;
- c. die Bestimmung und Überwachung der Eingliederungsmassnahmen;
- d. die Bemessung der Invalidität und der Hilflosigkeit;
- e. die Verfügungen über die Leistungen der Invalidenversicherung;
- f. die Öffentlichkeitsarbeit.

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann ihnen weitere Aufgaben zuweisen.

**Art. 58** Leistungszusprache ohne Verfügung

Der Bundesrat kann anordnen, dass bestimmte Leistungen ohne Erlass einer Verfügung erbracht werden. Er regelt das Verfahren. Wird dem Leistungsbegehren eines

<sup>143</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS **1991** 2377 2381; BBl **1988** II 1333).

<sup>144</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS **1996** 2466 2488; BBl **1990** II 1).

Versicherten jedoch nicht oder nur teilweise entsprochen, so ist stets eine Verfügung zu erlassen.

#### **Art. 59**      Verfügbare Dienste

<sup>1</sup> Die IV-Stellen müssen über die notwendigen Dienste verfügen, damit sie ihre Aufgabe gemäss Artikel 57 fachgerecht und beförderlich durchführen können.

<sup>2</sup> Sie können Spezialisten der privaten Invalidenhilfe, Experten, medizinische und berufliche Abklärungsstellen sowie Dienste anderer Sozialversicherungsträger beziehen.

### **B.<sup>145</sup> Die Ausgleichskassen**

#### **Art. 60**      Aufgaben

<sup>1</sup> Den Ausgleichskassen der Alters- und Hinterlassenenversicherung obliegen insbesondere:

- a. die Mitwirkung bei der Abklärung der versicherungsmässigen Voraussetzungen;
- b. die Berechnung der Renten und Taggelder;
- c. die Auszahlung der Renten, Taggelder und Hilflosenentschädigungen.

<sup>2</sup> Im übrigen ist Artikel 63 AHVG sinngemäss anwendbar.

#### **Art. 61**      Zusammenarbeit

Der Bundesrat regelt die Zusammenarbeit zwischen den IV-Stellen und den Organen der Alters- und Hinterlassenenversicherung.

#### **Art. 62–63<sup>146</sup>**

### **C.<sup>147</sup> Die Aufsicht des Bundes**

#### **Art. 64<sup>148</sup>**      Aufsicht

<sup>1</sup> Die IV-Stellen vollziehen dieses Gesetz unter der Aufsicht des Bundes. Artikel 72 AHVG<sup>149</sup> ist sinngemäss anwendbar.

<sup>145</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS **1991** 2377 2381; BBl **1988** II 1333).

<sup>146</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision) (AS **1991** 2377; BBl **1988** II 1333). Dies gilt auch für den ursprünglichen Bst. C.

<sup>147</sup> Ursprünglich Bst. D

<sup>148</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS **1991** 2377 2381; BBl **1988** II 1333).

<sup>149</sup> SR **831.10**

<sup>2</sup> Die Geschäftsführung der IV-Stellen ist vom Bundesamt für Sozialversicherung periodisch zu überprüfen. Es sorgt für eine einheitliche Anwendung des Gesetzes.

#### **Art. 65<sup>150</sup>** Eidgenössische AHV/IV-Kommission

Die Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ist im Rahmen von Artikel 73 AHVG<sup>151</sup> auch für Grundsatzfragen der Invalidenversicherung zuständig. Sie umfasst auch Vertreter der Behinderten und der Invalidenhilfe.

### **D,<sup>152</sup> Verschiedene Bestimmungen**

#### **Art. 66** Anwendbare organisatorische Bestimmungen des AHVG

<sup>1</sup> Soweit dieses Gesetz nichts Abweichendes bestimmt, finden sinngemäss Anwendung die Vorschriften des AHVG<sup>153</sup> über das Bearbeiten von Personendaten, die Akteneinsicht, die Schweigepflicht, die Amts- und Verwaltungshilfe, die Arbeitgeber, die Ausgleichskassen, den Abrechnungs- und Zahlungsverkehr, die Buchführung, die Kassenrevisionen und Arbeitgeberkontrollen, die Deckung der Verwaltungskosten, die Haftung für Schäden, die Zentrale Ausgleichsstelle und die Versicherungsnummer.<sup>154</sup>

<sup>2</sup> Artikel 66 Absatz 1 AHVG betreffend die strafrechtliche Verantwortlichkeit gilt für die IV-Stellen sinngemäss.<sup>155</sup>

#### **Art. 66a<sup>156</sup>** Datenbekanntgabe

<sup>1</sup> Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Daten bekannt gegeben werden an:

- a. Steuerbehörden, wenn sie sich auf die Ausrichtung von IV-Renten beziehen und für die Anwendung der Steuergesetze erforderlich sind;
- b. die mit der Durchführung des Bundesgesetzes vom 12. Juni 1959<sup>157</sup> über den Wehrpflichtersatz betrauten Behörden, nach Artikel 24 des genannten Gesetzes.

<sup>2</sup> Im Übrigen ist Artikel 50a AHVG<sup>158</sup> sinngemäss anwendbar.

<sup>150</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS 1987 447 455; BBl 1985 I 17).

<sup>151</sup> SR 831.10

<sup>152</sup> Ursprünglich Bst. E

<sup>153</sup> SR 831.10

<sup>154</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 23. Juni 2000, in Kraft seit 1. Jan. 2001 (AS 2000 2685; BBl 1999 4983).

<sup>155</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS 1991 2377 2381; BBl 1988 II 1333).

<sup>156</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 23. Juni 2000, in Kraft seit 1. Jan. 2001 (AS 2000 2685; BBl 1999 4983).

<sup>157</sup> SR 661

<sup>158</sup> SR 831.10

**Art. 66b**<sup>159</sup> Abrufverfahren

<sup>1</sup> Die Zentrale Ausgleichsstelle (Art. 71 AHVG<sup>160</sup>) führt ein Register der Bezüger und Bezügerinnen von Sachleistungen sowie ein Verzeichnis der diese Leistungen betreffenden Rechnungen. Das Register und das Verzeichnis dienen dazu, die Kosten dieser Leistungen zu vergüten.

<sup>2</sup> Dieses Register und dieses Verzeichnis sind den IV-Stellen, den Ausgleichskassen und dem zuständigen Bundesamt durch Abrufverfahren für diejenigen Daten zugänglich, die für die Erfüllung der ihnen durch dieses Gesetz und das AHVG übertragenen Aufgaben erforderlich sind.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt die Verantwortung für den Datenschutz, die zu erfassenden Daten und deren Aufbewahrungsfristen, den Zugriff auf die Daten, die Zusammenarbeit zwischen den Benützern und Benützerinnen sowie die Datensicherheit.

**Art. 67**<sup>161</sup> Kostenvergütung

Die aus der Durchführung dieses Gesetzes im Rahmen einer rationell geführten Verwaltung entstehenden Kosten der IV-Stellen werden von der Versicherung vergütet. Der Bundesrat bestimmt die anrechenbaren Kosten.

**Art. 68**<sup>162</sup>**Fünfter Abschnitt: Die Rechtspflege- und Strafbestimmungen****Art. 69**<sup>163</sup> Rechtspflege

Gegen Verfügungen aufgrund dieses Gesetzes kann Beschwerde an die Rekursbehörden der Alters- und Hinterlassenenversicherung und gegen deren Entscheide Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Eidgenössische Versicherungsgericht erhoben werden. Die Artikel 84–85<sup>bis</sup> AHVG<sup>164</sup> sind sinngemäss anwendbar.

**Art. 70** Strafbestimmungen

Die Artikel 87–91 AHVG<sup>165</sup> finden Anwendung auf Personen, die in einer in diesen Bestimmungen umschriebenen Weise die Vorschriften der Invalidenversicherung verletzen.

<sup>159</sup> Eingelegt durch Ziff. I des BG vom 23. Juni 2000, in Kraft seit 1. Jan. 2001 (AS **2000** 2685; BBl **1999** 4983).

<sup>160</sup> SR **831.10**

<sup>161</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS **1991** 2377 2381; BBl **1988** II 1333).

<sup>162</sup> Aufgehoben durch Ziff. 6 des Anhangs zum BG vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR **831.40**).

<sup>163</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS **1991** 2377 2381; BBl **1988** II 1333).

<sup>164</sup> SR **831.10**

<sup>165</sup> SR **831.10**

## Zweiter Teil: Die Förderung der Invalidenhilfe

### I. ...

#### Art. 71<sup>166</sup>

## II. Die Beiträge an Institutionen

#### Art. 72<sup>167</sup>

#### Art. 73 Anstalten, Werkstätten und Wohnheime

<sup>1</sup> Die Versicherung gewährt Beiträge an die Errichtung, den Ausbau und die Erneuerung von öffentlichen und gemeinnützigen privaten Anstalten und Werkstätten, die in wesentlichem Umfang Eingliederungsmassnahmen durchführen. Ausgeschlossen sind Anstalten und Werkstätten, die der stationären Durchführung von medizinischen Massnahmen dienen.<sup>168</sup>

<sup>2</sup> Die Versicherung kann Beiträge gewähren:

- a. an den Betrieb von Einrichtungen gemäss Absatz 1;
- b.<sup>169</sup> an die Errichtung, den Ausbau und die Erneuerung von öffentlichen und gemeinnützigen privaten Werkstätten für Dauerbeschäftigung von Invaliden und an die durch die Beschäftigung von Invaliden entstehenden zusätzlichen Betriebskosten. Als Dauerbeschäftigung gilt auch eine Tätigkeit, die keinen wirtschaftlichen Nutzen bringt;
- c.<sup>170</sup> an die Errichtung, den Ausbau und die Erneuerung von Wohnheimen zur dauernden oder vorübergehenden Unterbringung von Invaliden und an die dadurch entstehenden zusätzlichen Betriebskosten.

<sup>3</sup> Die Beiträge nach den Absätzen 1 und 2 werden weiterhin ausgerichtet, wenn die in den genannten Einrichtungen untergebrachten Personen das Rentenalter der AHV erreichen.<sup>171</sup>

<sup>166</sup> Aufgehoben gemäss Ziff. I des BG vom 22. März 1991 (3. IV-Revision)  
(AS 1991 2377; BBl 1988 II 1333).

<sup>167</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986 (AS 1987 447; BBl 1985 I 17).

<sup>168</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Juli 1987  
(AS 1987 447 455; BBl 1985 I 17).

<sup>169</sup> Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 30. Juni 1972, in Kraft seit 1. Jan. 1973  
(AS 1972 2483; BBl 1971 II 1057).

<sup>170</sup> Fassung gemäss Ziff. II des BG vom 30. Juni 1972, in Kraft seit 1. Jan. 1973  
(AS 1972 2483; BBl 1971 II 1057).

<sup>171</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Juli 1987  
(AS 1987 447 455; BBl 1985 I 17). Siehe auch Abs. 2 der SchlB Änd. der IVV vom  
21. Jan. 1987 (SR 831.201).

**Art. 74** Organisationen der privaten Invalidenhilfe und Ausbildungsstätten für Fachpersonal

<sup>1</sup> Die Versicherung gewährt den Dachorganisationen der privaten Invalidenhilfe und den Ausbildungsstätten für Fachpersonal der beruflichen Eingliederung Beiträge, insbesondere an die Kosten der Durchführung folgender Aufgaben:

- a. Beratung und Betreuung Invalider;
- b. Beratung der Angehörigen Invalider;
- c. Kurse zur Ertüchtigung Invalider;
- d. Aus- und Weiterbildung von Lehr- und Fachpersonal zur Betreuung, Ausbildung und beruflichen Eingliederung Invalider.

<sup>2</sup> Die Beiträge werden weiterhin ausgerichtet, wenn die betroffenen Invaliden das Rentenalter der AHV erreichen.<sup>172</sup>

**Art. 75** Gemeinsame Bestimmungen

<sup>1</sup> Der Bundesrat setzt die Höhe der Beiträge gemäss den Artikeln 73 und 74 fest. Er kann deren Gewährung von weiteren Voraussetzungen abhängig machen oder mit Auflagen verbinden.

<sup>2</sup> Soweit auf Grund anderer Bundesgesetze Beiträge an Aufwendungen im Sinne der Artikel 72–74 gewährt werden, entfällt ein Anspruch auf Beiträge der Versicherung.<sup>173</sup>

### III. ...

**Art. 76**<sup>174</sup>

## Dritter Teil: Die Finanzierung

**Art. 77** Aufbringung der Mittel

<sup>1</sup> Die auf Grund dieses Gesetzes zu erbringenden Leistungen werden finanziert durch:

- a. die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber gemäss den Artikeln 2 und 3;
- b. die Beiträge der öffentlichen Hand;

<sup>172</sup> Eingefügt durch Ziff. 1 des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Juli 1987 (AS 1987 447 455; BBl 1985 I 17). Siehe auch Abs. 2 der SchlB Änd. der IVV vom 21. Jan. 1987 (SR 831.201).

<sup>173</sup> Siehe jedoch die Art. 4 Abs. 2 Bst. b sowie 7 Abs. 3 des BG vom 5. Okt. 1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug (SR 341).

<sup>174</sup> Aufgehoben durch Anhang Ziff. 1 des BG vom 23 Juni 2000 (AS 2000 2677; BBl 1999 4983).

- c.<sup>175</sup> die Zinsen des Ausgleichsfonds;
- d.<sup>176</sup> die Einnahmen aus dem Rückgriff auf haftpflichtige Dritte.

<sup>2</sup> Die Hilflosenentschädigung wird ausschliesslich durch die öffentliche Hand finanziert.<sup>177</sup>

**Art. 78**<sup>178</sup> Beiträge der öffentlichen Hand

<sup>1</sup> An der Finanzierung der jährlichen Ausgaben der Versicherung beteiligen sich:

- a. der Bund mit 37,5 Prozent der Gesamtausgaben der Versicherung; davon abgezogen wird der Beitrag an die Hilflosenentschädigung nach Absatz 2 Buchstabe a;
- b. die Kantone mit 12,5 Prozent der Gesamtausgaben der Versicherung; davon abgezogen wird der Beitrag an die Hilflosenentschädigung nach Absatz 2 Buchstabe b.

<sup>2</sup> Die Hilflosenentschädigung wird finanziert:

- a. durch den Bund zu 87,5 Prozent;
- b. durch die Kantone zu 12,5 Prozent.

<sup>3</sup> Die Artikel 104 und 107 Absatz 2 AHVG<sup>179</sup> sind sinngemäss anwendbar.

**Art. 78**<sup>bis180</sup> Berechnung der Kantonsbeiträge

Der Bundesrat ordnet die Berechnung der Kantonsbeiträge nach Anhörung der Kantonsregierungen. Dabei sind massgebend:

- a. die den Versicherten in jedem Kanton zugesprochenen individuellen Geld- und Sachleistungen;
- b. die Finanzkraft der Kantone.

<sup>175</sup> Eingefügt durch Ziff. II 1 des BG vom 24. Juni 1977 (9. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1979 (AS **1978** 391 419; BBl **1976** III 1).

<sup>176</sup> Eingefügt durch Ziff. I 2 des BG vom 5. Okt. 1984, in Kraft seit 1. Jan. 1986 (AS **1985** 2002 2004; BBl **1981** III 737).

<sup>177</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986 (AS **1987** 447; BBl **1985** I 17). Fassung gemäss Ziff. I 5 des BG vom 8. Okt. 1999 zum Abk. zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der EG sowie ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit, in Kraft seit 1. Juni 2002 (AS **2002** 701 722; BBl **1999** 6128).

<sup>178</sup> Fassung gemäss Ziff. I 5 des BG vom 8. Okt. 1999 zum Abk. zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der EG sowie ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit, in Kraft seit 1. Juni 2002 (AS **2002** 701 722; BBl **1999** 6128).

<sup>179</sup> SR **831.10**

<sup>180</sup> Eingefügt durch Ziff. I 2 des BG vom 5. Okt. 1984, in Kraft seit 1. Jan. 1986 (AS **1985** 2002 2004; BBl **1981** III 737).



**Art. 79** Rechnungsführung

<sup>1</sup> Dem Ausgleichsfonds gemäss Artikel 107 AHVG<sup>181</sup> werden alle Einnahmen gemäss Artikel 77 gutgeschrieben und alle Ausgaben gemäss den Artikeln 4–52, 66, 67 und 71–76 belastet.

<sup>2</sup> Über Einnahmen und Ausgaben der Invalidenversicherung ist gesondert Rechnung zu führen.

**Art. 80**<sup>182</sup> Überwachung des finanziellen Gleichgewichts

Die Bestimmungen des AHVG<sup>183</sup> betreffend die Überwachung des finanziellen Gleichgewichts sind sinngemäss anwendbar.

**Vierter Teil:**<sup>184</sup> **Verhältnis zum europäischen Recht****Art. 80a**<sup>185</sup>

Für die in Artikel 2 der Verordnung Nr. 1408/71<sup>186</sup> bezeichneten Personen und in Bezug auf die in Artikel 4 dieser Verordnung vorgesehenen Leistungen, soweit sie im Anwendungsbereich dieses Gesetzes liegen, gelten auch:

<sup>181</sup> SR **831.10**

<sup>182</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS **1987** 447 455; BBl **1985** I 17).

<sup>183</sup> SR **831.10**

<sup>184</sup> Eingefügt durch Ziff. I 5 des BG vom 8. Okt. 1999 zum Abk. zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der EG sowie ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit, in Kraft seit 1. Juni 2002 (AS **2002** 701 722; BBl **1999** 6128).

<sup>185</sup> Fassung gemäss Ziff. I 4 des BG vom 14. Dez. 2001 betreffend die Bestimmungen über die Personenfreizügigkeit im Abk. zur Änd. des Übereink. zur Errichtung der EFTA, in Kraft seit 1. Juni 2002 (AS **2002** 685 700; BBl **2001** 4963).

<sup>186</sup> Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl Nr. L 149 vom 5. Juli 1971, S. 2) (kodifiziert durch Verordnung [EG] Nr. 118/97 des Rates vom 2. Dezember 1996, ABl Nr. L 28 vom 30. Januar 1997, S. 1); zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 307/1999 des Rates vom 8. Februar 1999 (ABl Nr. L 38 vom 12. Februar 1999, S. 1).

- a. das Abkommen vom 21. Juni 1999<sup>187</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft sowie ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit, sein Anhang II und die Verordnungen Nr. 1408/71 und Nr. 574/72<sup>188</sup> in ihrer angepassten Fassung<sup>189</sup>;
- b. das Abkommen vom 21. Juni 2001<sup>190</sup> zur Änderung des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation, sein Anhang O und Anlage 2 zu Anhang O sowie die Verordnungen Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 in ihrer angepassten Fassung<sup>191</sup>.

## Fünfter Teil:<sup>192</sup> Schluss- und Übergangsbestimmungen

### Art. 81<sup>193</sup> Anwendbare Bestimmungen des AHVG

Die Bestimmungen des AHVG<sup>194</sup> betreffend den Wohnsitz, die Auskunftspflicht, die Steuerfreiheit, die Kostenübernahme und Posttaxen, die Fristenberechnung sowie die Rechtskraft und Vollstreckbarkeit sind sinngemäss anwendbar.

### Art. 82 Änderung des AHVG

Das AHVG<sup>195</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 9 Abs. 2 Bst. d Satz* 2<sup>196</sup>

...

*Art. 18 Abs. 1 Satz* 2<sup>197</sup>

...

<sup>187</sup> SR 0.142.112.681; BBl 1999 7027

<sup>188</sup> Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71, ABI Nr. L 74 vom 27. März 1972, S. 1 (ebenfalls kodifiziert durch die Verordnung [EG] Nr. 118/97 des Rates vom 2. Dezember 1996, ABI Nr. L 28 vom 30. Januar 1997, S. 1); zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 307/1999 des Rates vom 8. Februar 1999, ABI Nr. L 38 vom 12. Februar 1999, S. 1.

<sup>189</sup> SR 0.831.109.268.1/11

Eine provisorische, konsolidierte Fassung des Textes der Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 mit den zuletzt durch die Verordnung (EG) des Rates Nr. 307/1999 erfolgten Änderungen kann beim Bundesamt für Sozialversicherung, 3003 Bern, bezogen werden. Massgeblich ist hingegen allein die im Amtsblatt der EG publizierte Fassung.

<sup>190</sup> SR 0.632.31; BBl 2001 5028

<sup>191</sup> SR 0.831.106.1/11

<sup>192</sup> Ursprünglich Vierter Teil

<sup>193</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 3 des BG vom 7. Okt. 1994 (10. AHV-Revision), in Kraft seit 1. Jan. 1997 (AS 1996 2466 2488; BBl 1990 II 1).

<sup>194</sup> SR 831.10

<sup>195</sup> SR 831.10. Die hiernach aufgeführten Änd. sind eingefügt in der genannten V.

<sup>196</sup> Diese Bestimmung hat heute eine neue Fassung.

<sup>197</sup> Diese Bestimmung hat heute eine neue Fassung.

*Art. 20 Abs. 3*<sup>198</sup>

...

*Art. 21 Abs. 3*<sup>199</sup>

...

*Art. 22 Abs. 1 und 3 Satz 2*<sup>200</sup>

...

*Art. 24bis*<sup>201</sup>

...

*Art. 25 Abs. 2 Satz 3*<sup>202</sup>

...

*Art. 26 Abs. 2 Satz 3*<sup>203</sup>

...

*Art. 28bis*<sup>204</sup>

...

*Art. 33bis*

...

*Art. 85 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2*

...

### **Art. 83**      Änderung anderer Bundesgesetze

1 ...<sup>205</sup>

2 ...<sup>206</sup>

<sup>198</sup> Diese Bestimmung ist heute aufgehoben.

<sup>199</sup> Diese Bestimmung hat heute eine neue Fassung.

<sup>200</sup> Diese Bestimmung hat heute eine neue Fassung.

<sup>201</sup> Diese Bestimmung ist heute aufgehoben.

<sup>202</sup> Dieser Artikel hat heute eine neue Fassung.

<sup>203</sup> Diese Bestimmung ist heute aufgehoben.

<sup>204</sup> Dieser Artikel hat heute eine neue Fassung.

<sup>205</sup> Aufgehoben durch Anhang Ziff. 14 des BG vom 16. Dez. 1994 (AS **1995** 1227; BB1 **1991** III 1).

<sup>206</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986 (AS **1987** 447; BB1 **1985** I 17).

**Art. 84**<sup>207</sup>**Art. 85** Übergangsbestimmung

<sup>1</sup> Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes invalid gewordene Personen sind nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen anspruchsberechtigt. Dabei wird angenommen, die Invalidität sei im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes eingetreten.

2-3 ...<sup>208</sup>

**Art. 86** Inkrafttreten und Vollzug

<sup>1</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten. Er ist befugt, alle Massnahmen für die rechtzeitige Einführung der Versicherung zu treffen.

<sup>2</sup> Der Bundesrat ist mit dem Vollzug beauftragt und erlässt die hierzu erforderlichen Verordnungen.

Datum des Inkrafttretens: 1. Jan. 1960<sup>209</sup>

Art. 27 Abs. 1 und 2, 53–59, 60 Abs. 2, 62, 64, 66, 67 Abs. 1, 81, 84: 15. Oktober 1959<sup>210</sup>

### **Schlussbestimmungen der Änderung vom 24. Juni 1977**<sup>211</sup> **(9. AHV-Revision)**

**a. ...**

**b. Anpassung des Zuschlages zum durchschnittlichen Jahreseinkommen**

Bei laufenden Renten wird der bisherige Zuschlag zum durchschnittlichen Jahreseinkommen nach Artikel 36 Absatz 3 IVG weitergewährt, selbst wenn die Rentenart und die Berechnungsgrundlage ändern.

**c. ...**

**d. Besitzstandwahrung bei den laufenden ausserordentlichen Zusatzrenten und einfachen Invalidenrenten ohne Einkommensgrenzen für Ehefrauen und geschiedene Frauen**

<sup>1</sup> ...

<sup>2</sup> Laufende ausserordentliche einfache Invalidenrenten ohne Einkommensgrenze für Ehefrauen und geschiedene Frauen werden auch nach dem Inkrafttreten der neunten AHV-Revision zu den bisher geltenden Voraussetzungen weitergewährt.

<sup>207</sup> Aufgehoben durch Ziff. II 410 des BG vom 15. Dez. 1989 über die Genehmigung kantonaler Erlasse durch den Bund (AS 1991 362; BBl 1988 II 1333).

<sup>208</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1986 (AS 1987 447; BBl 1985 I 17).

<sup>209</sup> BRB vom 28. Sept. 1959 (AS 1959 853).

<sup>210</sup> BRB vom 28. Sept. 1959 (AS 1959 853).

<sup>211</sup> AS 1978 391 III 2; BBl 1976 III 1

### **e. Haftung der Versicherung und Anwendung des Rückgriffs auf haftpflichtige Dritte**

Die Artikel 11 und 52 IVG gelten für Fälle, in denen das ersatzbegründende Ereignis nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen eingetreten ist.

### **f. Aufhebung früherer Übergangsbestimmungen**

Die Übergangsbestimmungen zur Invalidenversicherung im Bundesgesetz vom 30. Juni 1972<sup>212</sup> über die achte AHV-Revision (Abschn. VIII/2) werden aufgehoben.

### **Schlussbestimmungen der Änderung vom 9. Oktober 1986<sup>213</sup> (2. IV-Revision)**

<sup>1</sup> Die neue Fassung von Artikel 28 gilt mit folgenden Einschränkungen von ihrem Inkrafttreten an auch für laufende Invalidenrenten.

<sup>2</sup> Renten, die auf einem Invaliditätsgrad von weniger als 40 Prozent beruhen, sind innert eines Jahres seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Revision zu ziehen (Art. 41 IVG). Ergibt die Revision einen Invaliditätsgrad von mindestens 33 $\frac{1}{3}$  Prozent, so wird der Betrag der bisherigen Rente weiterhin ausgerichtet, solange die Voraussetzungen des Härtefalls erfüllt sind.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt den Übergang zum neuen Recht für Versicherte im Ausland.

### **Schlussbestimmungen der Änderung vom 22. März 1991<sup>214</sup> (3. IV-Revision)**

<sup>1</sup> Die Kantone verwirklichen die neue Organisation innert drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes.

<sup>2</sup> Sie unterbreiten ihre Erlasse und Vereinbarungen über die neue Organisation dem Bund spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zur Genehmigung.

### **Schlussbestimmungen der Änderungen vom 7. Oktober 1994<sup>215</sup> (10. AHV-Revision)**

<sup>1</sup> Die Buchstaben c Absätze 1–9, f Absatz 2 und g Absatz 1 der Übergangsbestimmungen zum AHVG<sup>216</sup> gelten sinngemäss.

<sup>2</sup> ...

<sup>212</sup> AS 1972 2483

<sup>213</sup> AS 1987 447 III; BBl 1985 I 17

<sup>214</sup> AS 1991 2377 III; BBl 1988 II 1333

<sup>215</sup> AS 1996 2466 Ziff. II 2; BBl 1990 II 1

<sup>216</sup> SR 831.10

<sup>3</sup> Artikel 9 Absatz 3 gilt auch für Versicherungsfälle, die vor dem Inkrafttreten dieser Bestimmung eingetreten sind. Der Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen entsteht aber frühestens im Zeitpunkt des Inkrafttretens.

<sup>4</sup> Die Übergangsbestimmungen zu Artikel 18 Absatz 2 AHVG sind sinngemäss anwendbar.

### **Schlussbestimmungen der Änderung vom 23. Juni 2000<sup>217</sup>**

<sup>1</sup> Schweizer Bürger, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft leben und bei Inkrafttreten dieses Gesetzes der freiwilligen Versicherung angehören, können ihr während höchstens sechs aufeinander folgenden Jahren ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes weiterhin angeschlossen bleiben. Diejenigen Personen, die das 50. Altersjahr bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits vollendet haben, können die Versicherung bis zum Eintritt des ordentlichen Rentenalters weiterführen.<sup>218</sup>

<sup>2</sup> Schweizer Bürger, die in einem Staat ausserhalb der Europäischen Gemeinschaft leben und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes der freiwilligen Versicherung angehören, können so lange versichert bleiben, als sie die Versicherungsbedingungen erfüllen.<sup>219</sup>

<sup>3</sup> Personen, welche im Zeitpunkt der Entstehung des Rentenanspruchs der freiwilligen Versicherung angehören, haben auch dann einen Anspruch auf eine Invalidenrente, wenn ihnen auf Grund von Artikel 6 Absatz 1<sup>bis</sup> keine Rente zustünde.

<sup>4</sup> Personen, denen keine Rente zustand, weil sie im Zeitpunkt der Invalidität nicht versichert waren, können verlangen, dass ihr Anspruch auf Grund der neuen Bestimmungen überprüft wird. Ein Anspruch auf eine Rente entsteht aber frühestens mit dem Inkrafttreten dieser Bestimmung.

<sup>5</sup> Laufende Fürsorgeleistungen für invalide schweizerische Staatsangehörige im Ausland werden auch nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes in der Höhe des bisherigen Betrages ausgerichtet, solange sie die einkommensmässigen Voraussetzungen dafür erfüllen.

### **Schlussbestimmungen der Änderung vom 14. Dezember 2001<sup>220</sup>**

<sup>1</sup> Personen, die in Island, Liechtenstein oder Norwegen leben und bei Inkrafttreten des Bundesgesetzes betreffend die Bestimmungen über die Personenfreizügigkeit im Abkommen vom 21. Juni 2001<sup>221</sup> zur Änderung des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation der freiwilligen Versicherung angehören, können ihr während höchstens sechs aufeinander folgenden Jahren ab dem Zeitpunkt des Inkraft-

<sup>217</sup> AS 2000 2677 2684 Anhang Ziff. 1; BBl 1999 4983

<sup>218</sup> In Kraft seit 1. April 2001.

<sup>219</sup> In Kraft seit 1. April 2001.

<sup>220</sup> AS 2002 685; BBl 2001 4963

<sup>221</sup> SR 0.632.31; BBl 2001 5028

---

tretens der Änderung vom 14. Dezember 2001 weiterhin angeschlossen bleiben. Personen, die das 50. Altersjahr bei Inkrafttreten dieser Änderung bereits vollendet haben, können die Versicherung bis zu ihrem Eintritt in das ordentliche Rentenalter weiterführen.

<sup>2</sup> Laufende Fürsorgeleistungen an schweizerische Staatsangehörige in Island, Liechtenstein oder Norwegen werden auch nach dem Inkrafttreten der Änderung vom 14. Dezember 2001 im bisherigen Betrag ausgerichtet, solange die einkommensmässigen Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

